

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 46 | 13.11.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Lehrbuch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union. Einblicke in die aktuelle Judikatur des EuGH und Testsequenzen zur Überprüfung des Erlernten runden das Lehrmaterial ab. Bei der vorliegenden vierten Auflage handelt es sich um die – bereits um die BREXIT-Änderungen aktualisierte –erweiterte Fassung des Studienbuchs.

ISBN 978-3-902883-44-5, 4. Auflage, XX und 301 Seiten, Harteinband, 45 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 467/2020 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen gemäß § 3b Abs. 3 des ABBAG-Gesetzes betreffend **Richtlinien über die Gewährung eines Lockdown-Umsatzersatzes** durch die COVID-19 Finanzierungsagentur des Bundes GmbH (COFAG)

[BGBl II 469/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen** an den Binnengrenzen

[BGBl II 471/2020 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend die **Anzeige von übertragbaren Krankheiten** geändert wird

[BGBl II 472/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV** geändert wird

[BGBl II 476/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung – COVID-19-SchuMaV geändert wird (**2. COVID-19-SchuMaV-Novelle**)

[BGBl III 176/2020 \(Anlage\)](#)

Multilaterale Vereinbarung M329 gemäß 1.5.1 ADR über die **Beförderung bestimmter Abfälle**, die gefährliche Güter enthalten

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 359 v 29.10.2020, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) 2020/1569 der Kommission vom 23. Juli 2020 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EU) Nr 692/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Klassifikation von Ländern, in denen die Gäste von **Beherbergungsbetrieben** ihren Wohnsitz haben, im Zusammenhang mit dem **Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Union**

[ABI L 365 v 03.11.2020, 9](#)

Beschluss (EU) 2020/1600 des Rates vom 28. Oktober 2020 zur **Ernennung** eines von der Republik **Österreich vorgeschlagenen Mitglieds** des **Ausschusses der Regionen**

[ABI L 366 v 04.11.2020, 7](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/1627 der Kommission vom 3. November 2020 über Sondermaßnahmen für den dritten Bezugszeitraum (2020-2024) des Leistungssystems und der Gebührenregelung für den einheitlichen **europäischen Luftraum** aufgrund der **COVID-19-Pandemie**

[ABI L 373 v 09.11.2020, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/1646 der Kommission vom 7. November 2020 über **handelspolitische Maßnahmen** betreffend bestimmte Waren aus den Vereinigten Staaten von Amerika nach der Entscheidung über eine Handelsstreitigkeit im Rahmen der **Streitbeilegungsvereinbarung der Welthandelsorganisation**

[ABI L 377 v 11.11.2020, 7](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/1668 der Kommission vom 10. November 2020 zur Festlegung der Einzelheiten und Funktionen des **Informations- und Kommunikationssystems** für die Zwecke der Verordnung (EU) 2019/515 des Europäischen Parlaments und des Rates über die **gegenseitige Anerkennung von Waren**, die in einem anderen Mitgliedstaat rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

06.10.2020, [G 166/2020 ua](#)

Vbg GemeindeG; Landes-VolksabstimmungsG; Verfassungswidrigkeit der Bestimmungen des Vbg GemeindeG und der Landes-VolksabstimmungsG betreffend die **Verbindlichkeit einer Gemeindevolksabstimmung** gegen den Willen des Gemeinderats in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs und Gesetzwidrigkeit der VO einer Volksabstimmung in der Gemeinde Ludesch; Unzulässigkeit des Eingriffs in das repräsentativ-demokratische System der Gemeindevolksabstimmung durch Bindung des Gemeinderats als oberstes Organ der Selbstverwaltung an eine Gemeindevolksabstimmung; keine Aufhebung einer Bestimmung der Vbg Landesverfassung betreffend eine – der Willensbildung des Gemeinderats zugrunde liegenden – Volksabstimmung; Aufhebung der Anordnung der Volksabstimmung betreffend die Widmung von Flächen wegen Wegfalls der gesetzlichen Grundlagen

06.10.2020, [W III/2/2019](#)

B-VG; Stattgabe der **Anfechtung der Volksabstimmung** in der Gemeinde Ludesch

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

24.09.2020; [Ra 2019/03/0048](#)

AVG; VwGVG; dass das VwG seiner Ansicht nach „keine Sach- und Fachkunde im Hinblick auf die zu tätigen Ermittlungsschritte aufweist und schon deshalb nicht in der Lage ist, selbständig die relevanten Fachfragen zu formulieren, die geeigneten **Sachverständigen** zu ermitteln und die **Sachverständigengutachten** fachkundig zu überprüfen“, vermag eine Aufhebung und Zurückverweisung nicht zu begründen; die Führung des Ermittlungsverfahrens nach § 17 VwGVG iVm dem II. Teil des AVG – sei es zur Ergänzung unterbliebener Ermittlungsschritte im Verfahren vor der belangten Behörde oder zur Feststellung eines im Beschwerdeverfahren strittigen Sachverhalts – zählt zu den Kernaufgaben der verwaltungsgerichtlichen Tätigkeit; ein Richter des VwG muss daher in der Lage sein, die erforderlichen Schritte zur Ermittlung des entscheidungswesentlichen Sachverhalts, darunter soweit erforderlich zB die Auswahl geeigneter Sachverständiger und die Erteilung von Aufträgen an Sachverständige, zu setzen

30.09.2020; [Ra 2020/03/0054](#)

AVG; EisenbahnG; UmweltverträglichkeitsprüfungsG; der Eigentümer einer durch den rechtskräftigen eisenbahnrechtlichen Baugenehmigungsbescheid betroffenen Liegenschaft kann im **Enteignungsverfahren** nicht mehr einwenden, die Inanspruchnahme liege nicht im **öffentlichen Interesse**; das „Forum“ für die Geltendmachung gegenläufiger privater Interessen und deren Abwägung mit den öffentlichen Interessen an der Verwirklichung des Projekts liegt vielmehr im Baugenehmigungsverfahren, in dem die Parteistellung des betroffenen Eigentümers diesem ermöglicht, in Wahrung seiner Interessen die ihm durch das Projekt entstehenden Nachteile geltend zu machen und auf jene Vorkehrungen zu dringen, durch die eine Beeinträchtigung seiner Rechte vermieden werden soll

30.09.2020; [Ra 2020/11/0034](#)

VerbrechensopferG; EMRK; bei der Pauschalentschädigung für Schmerzensgeld iSd § 2 Z 10 VerbrechensopferG handelt es sich, wie bei den anderen Hilfeleistungen nach dem VerbrechensopferG, um einen **verschuldensunabhängigen Schadensersatzanspruch** aus der Übernahme eines fremden Risikos und somit um ein „civil right“ iSd Art 6 Abs 1 EMRK

12.10.2020; [Ro 2020/09/0009](#)

AVG; ÄrzteG; die erforderliche Erörterung nicht nur des Spruchs sondern auch der diesen tragenden Gründe erfolgt in **Disziplinarverfahren** nach dem ÄrzteG iRd durchzuführenden mündlichen Verhandlung; bei Fällung ihres Erkenntnisses hat die Disziplinarkommission nur auf das Rücksicht zu nehmen, was in der mündlichen Verhandlung vorgekommen ist; die Kommissionsmitglieder entscheiden nach ihrer aus der gewissenhaften Prüfung aller Beweismittel gewonnenen Überzeugung (§ 160 Abs 2 ÄrzteG); diese Vorschriften stellen sicher, dass den Kommissionsmitgliedern sämtliche die Entscheidung tragenden

Umstände bekannt sind; da den Kommissionsmitgliedern somit sämtliche das Disziplinarerkenntnis tragenden Begründungselemente aus der mündlichen Verhandlung bekannt sind und diese in ihre Entscheidung einfließen können, andererseits den Kommissionsmitgliedern aus der mündlichen Verhandlung nicht bekannte tragende Begründungselemente zur Begründung des Erkenntnisses ohnedies nicht herangezogen werden dürfen, bedarf es keiner neuerlichen Abstimmung über die schriftliche Ausfertigung eines bereits verkündeten Disziplinarerkenntnisses

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Tir 20.10.2020, [LVwG-2020/15/1935-2](#)

EpidemieG; gegen einen **Absonderungsbescheid** nach dem EpidemieG ist einzig ein Rechtsmittel an das zuständige BG zulässig; ein Rechtsmittel, über das im Verwaltungsweg zu entscheiden wäre, ist hier nicht vorgesehen

LVwG Wien 24.09.2020, [VGW-211/055/15600/2019/A](#)

Wr BauO; nach Auffassung des LVwG Wien handelt es sich bei einem Verstoß gegen § 7a Abs 3 Wr BauO nicht um eine Vorschriftswidrigkeit iSd § 129 Abs 10 leg cit, sondern vielmehr um eine Frage der **bewilligungsgemäßen Benützung von Räumen** iSd § 129 Abs 1 leg cit; die „Selbständigkeit“ der Vermietung ist nicht als Tatbestandsmerkmal des § 7a Abs 3 letzter Satz leg cit (näherhin: der darin genannten Gewerblichkeit) anzusehen, weshalb es ohne Relevanz ist, ob die kurzzeitige Überlassung der Wohnungen durch die Eigentümerin der Wohnungen selbst oder durch eine andere Person (eine Mieterin) erfolgte

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[10.11.2020, Rs C-664/18, Kommission/ Italien \(Valeurs limites – PM10\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Umwelt – Richtlinie 2008/50/EG – **Luftqualität** – Art 13 Abs 1 und Anhang XI – Systematische und andauernde **Überschreitung der Grenzwerte für Feinstaub (PM10)** in bestimmten italienischen Gebieten und Ballungsräumen – Art 23 Abs 1 – Anhang XV – ‚so kurz wie möglich‘ gehaltener Zeitraum der Überschreitung – Geeignete Maßnahmen

[11.11.2020, Rs 809/18 P, EUIPO/ John Mills](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Widerspruchsverfahren – Relatives Eintragungshindernis – Art 8 Abs 3 – Geltungsbereich – **Identität oder Ähnlichkeit der angemeldeten Marke mit der älteren Marke** – Unionswortmarke MINERAL MAGIC – Anmeldung durch den Agenten oder den Vertreter des Inhabers der älteren Marke – Ältere nationale Wortmarke MAGIC MINERALS BY JEROME ALEXANDER

[11.11.2020, Rs C-61/19, Orange Romania](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 95/46/EG – Art 2 Buchst h und Art 7 Buchst a – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 4 Nr 11 und Art 6 Abs 1 Buchst a – **Verarbeitung personenbezogener Daten** Sammlung und Aufbewahrung von Kopien von Ausweisdokumenten durch einen Anbieter von Mobiltelekommunikationsdiensten Begriff der ‚Einwilligung‘ der betroffenen Person – Willensbekundung ohne Zwang, für den konkreten Fall und in Kenntnis der Sachlage – Einwilligungserklärung mittels Ankreuzkästchen Unterzeichnung des Vertrags durch die betroffene Person – Beweislast

[11.11.2020, Rs C-287/19, DenizBank](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie (EU) 2015/2366 – Zahlungsdienste im Binnenmarkt – Art 4 Nr 14 – Begriff ‚Zahlungsinstrument‘ – **Personalisierte multifunktionale Bankkarten** – Nahfeldkommunikationsfunktion (NFC) – Art 52 Nr 6 Buchst a und Art 54 Abs 1 – Dem Nutzer zu übermittelnde Informationen – Änderungen der Bedingungen eines Rahmenvertrags – Stillschweigende Zustimmung – Art 63 Abs 1 Buchst a und b – **Mit Zahlungsdiensten verbundene Rechte und Pflichten** – Ausnahme für Kleinbetragszahlungsinstrumente – Tatbestandsmerkmale – Zahlungsinstrument, das

nicht gesperrt werden kann – Zahlungsinstrument, das anonym genutzt wird – Zeitliche Begrenzung der Wirkungen des Urteils

[11.11.2020, Rs C-300/19, Marclean Technologies](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Massenentlassungen – Richtlinie 98/59/EG – Art 1 Abs 1 Unterabs 1 Buchst a – Begriff ‚**Massenentlassung**‘ – **Methode zur Berechnung der Zahl der Entlassungen** – Zu berücksichtigender Referenzzeitraum

[11.11.2020, Rs C-433/19, Ellmes Property Services](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Gerichtliche Zuständigkeit, **Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen** – Art 24 Nr 1 – Ausschließliche Zuständigkeit für Verfahren, die dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen zum Gegenstand haben – Art 7 Nr 1 Buchst a – Besondere Zuständigkeit, wenn ein Vertrag oder Ansprüche aus einem Vertrag den Gegenstand des Verfahrens bilden – Klage eines Wohnungseigentümers gegen einen anderen Wohnungseigentümer auf **Unterlassung der touristischen Nutzung eines Wohnungseigentumsobjekts**

[12.11.2020, Rs C-42/19, Sonaecom](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Sechste Richtlinie 77/388/EWG – Art 4 – Begriff des Steuerpflichtigen – Gemischte Holding – Art 17 – Vorsteuerabzugsrecht – Von einer **gemischten Holding** als Vorsteuer für Beratungsdienstleistungen in Bezug auf eine im Hinblick auf den eventuellen Erwerb von Beteiligungen an anderen Gesellschaften durchgeführte Markterkundung **entrichtete Mehrwertsteuer** – Aufgabe der Erwerbsvorhaben – Als **Vorsteuer auf eine Bankprovision** für die Organisation und die Errichtung einer Anleihe, die die Tochtergesellschaften mit den für die Vornahme von Investitionen erforderlichen Mitteln ausstatten soll, entrichtete Mehrwertsteuer – Nicht verwirklichte Investitionen

[12.11.2020, Rs C-382/19 P, Pethke/ EUIPO](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Beamter – Interne Reorganisation der Dienststellen des Amtes der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) – Umsetzung – Art 7 des Statuts der **Beamten der Europäischen Union** – Verdeckte Bestrafung – Dienstliches Interesse – Gleichwertigkeit der Dienstposten – Begründungspflicht – Verfälschung der Tatsachen – **Mobbing** – Art 12a des Statuts der Beamten der Europäischen Union

[12.11.2020, Rs C-427/19, Bulstrad Vienna Insurance Group](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2009/138/EG – Art 274 – Für das Verfahren zur Liquidation von Versicherungsunternehmen maßgebliches Recht – **Entzug der Zulassung eines Versicherungsunternehmens** – Bestellung eines vorläufigen Liquidators – Begriff ‚Entscheidung über die Eröffnung eines Verfahrens zur Liquidation eines Versicherungsunternehmens‘ – Fehlen einer gerichtlichen Entscheidung über die Eröffnung des Liquidationsverfahrens im Herkunftsmitgliedstaat – Aussetzung der Gerichtsverfahren gegen das betreffende Versicherungsunternehmen in anderen Mitgliedstaaten als dessen Herkunftsmitgliedstaat

[12.11.2020, Rs C-446/19 P, Fleig/ EAD](#)

Rechtsmittel – Öffentlicher Dienst – Vertragsbedienstete – Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD) – Art 47 Buchst c Ziff i der Beschäftigungsbedingungen für die sonstigen **Beschäftigten der Europäischen Union** – Kündigung eines Vertrags auf unbestimmte Dauer – **Berufskrankheit** – **Zerstörung des Vertrauensverhältnisses** – Recht auf ein faires Verfahren – Art 47 Abs 2 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Fürsorgepflicht – Art 30 und 41 der Charta der Grundrechte – Verfälschung von Tatsachen – Umfang der gerichtlichen Kontrolle

[12.11.2020, Rs C-734/19, ITH Comercial Timișoara](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Vorsteuerabzug – Aufgabe der ursprünglich geplanten Tätigkeit – **Berichtigung des Vorsteuerabzugs** – Immobilientätigkeit

[12.11.2020, Rs C-796/19, Kommission/ Österreich \(Autorité de sécurité ferroviaire\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Richtlinie 2007/59/EG – Zertifizierung von Triebfahrzeugführern – Art 3 Buchst a – Zuständige nationale Behörde – Richtlinie 2004/49/EG – Art 16 Abs 1 – **Sicherheitsbehörde** – Benennung mehrerer Behörden

B. SCHLUSSANTRÄGE

[10.11.2020, Rs C-578/19, Kuoni Travel \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 90/314/EWG – Pauschalreisen – Vertrag zwischen einem Reiseveranstalter und einem Verbraucher über eine Pauschalreise – **Haftung des Reiseveranstalters** für die ordnungsgemäße Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen anderer Dienstleistungsträger – **Haftungsbefreiung** – Ereignis, das der Reiseveranstalter oder der Dienstleistungsträger nicht vorhersehen oder abwenden konnte – Schaden aufgrund des Verhaltens eines Hotelangestellten, der nach dem Vertrag als Dienstleistungsträger handelt – Begriff ‚Dienstleistungsträger‘

[11.11.2020, Rs C-585/19, Academia de Studii Economice din Bucuresti \(GA Pitruzzella\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2003/88 – Arbeitnehmer mit mehreren Arbeitsverträgen – Arbeitszeit und Ruhezeiten – Höchstgrenzen der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit – Anwendung pro Arbeitnehmer oder pro Vertrag

[12.11.2020, Rs C-400/19, Kommission/ Ungarn \(Marges bénéficiaires\) \(GA Hogan\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 34 AEUV – Gemeinsame Marktorganisation für landwirtschaftliche Erzeugnisse – Verordnung (EU) Nr 1308/2013 – Nationales Gesetz über das Verbot unlauterer Verkaufspraktiken gegenüber Zulieferern bei Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen – Verkaufspreise von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen – Einheitliche auf identische Erzeugnisse anzuwendende Einzelhandelsgewinnspanne

[12.11.2020, Rs C-703/19, Dyrektor Izby Administracji Skarbowej w Katowicach \(GA De La Tour\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 98 – Möglichkeit der Mitgliedstaaten, auf bestimmte Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen einen oder zwei ermäßigte Mehrwertsteuersätze anzuwenden – Einstufung einer Geschäftstätigkeit als ‚**Lieferung von Gegenständen**‘ oder ‚**Dienstleistung**‘ – Anhang III Nrn 1 und 12a – Begriffe der ‚Nahrungsmittel‘ sowie der ‚Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen‘ – Mahlzeiten zum sofortigen Verzehr vor Ort in den Geschäftsräumen des Verkäufers oder in einem Gastronomiebereich – Mitnahmemahlzeiten zum sofortigen Verzehr

[12.11.2020, Rs C-729/19, Department of Justice for Northern Ireland \(GA Hogan\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und Zusammenarbeit in Unterhaltssachen – Verordnung (EG) Nr 4/2009 – Art 75 – Zeitlicher Geltungsbereich – **Möglichkeit, Entscheidungen zu registrieren und zu vollstrecken, die vor Beitritt des Ursprungsstaats zur Europäischen Union ergangen sind**

[12.11.2020, Rs C-354/20 PPU, Openbaar Ministerie \(Indépendance de l'autorité judiciaire d'émission\) \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eilvorabentscheidungsverfahren – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Europäischer Haftbefehl – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – Übergabe der festgenommenen Person an die ausstellende Justizbehörde – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 47 – Recht auf Zugang zu einem unabhängigen und unparteiischen Gericht – Systemische oder allgemeine Mängel hinsichtlich der Justiz des Ausstellungsmitgliedstaats

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

12.11.2020, Beschwerde Nr [19511/16](#), *Honner / Frankreich*

Keine Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Familienlebens); Weigerung des Zugangs der Bf zu Kind der früheren Partnerin, welches durch medizinisch unterstützte Fortpflanzung gezeugt wurde, als sie ein Paar waren; konfliktträchtige Beziehung zwischen beiden Frauen; Ablehnung des Antrags aus Gründen des **Kindeswohls**; kein Verstoß gegen positive Pflichten

10.11.2020, Beschwerde Nr [75186/12](#), *Navalnyy u Gunko / Russland*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) in Bezug auf den ersten Bf, **Verletzung** von **Art 5 EMRK** (Recht auf Sicherheit und Freiheit) und **Verletzung** von **Art 6 Abs 1 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren) sowie **Verletzung** von **Art 11 EMRK** (Versammlungsfreiheit); Festnahme von zwei Demonstranten (Bf) im Jahr 2012 während politischer Kundgebung sowie Inhaftierung über Nacht und verwaltungsbehördliche Strafe wegen Missachtung rechtmäßiger Anweisungen der Polizei; erniedrigende Behandlung des ersten Bf; Fesselung und schmerzhaftes Verdrehen der Arme aufgrund fehlendem sichtbarem Widerstand nicht notwendig

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.